

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nr. 6.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsverträge pro halbjährige Beile oder deren Raum 25, für Jahrg. 15 Bf. Off. Annahme 10 Bf.

Hannover,
Sonnabend, den 8. Februar 1908.

Verlag: A. Zohrberg, Hannover, Münzstr. 5.
Verantwortlicher Redakteur:
D. Schneider, Hannover, Münzstr. 5, III.
Fernsprech-Anschluß 3002.
Druck von C. A. S. Meißner & Co., Hannover.

17. Jahrg.

Zur Beachtung!

Heute ist der 6. Wochenbeitrag fällig.

Streiks oder Aussperrungen.

bestehen in Sonneberg, Halle, Lüneburg und Dresden.

An Streiks oder Aussperrungen beteiligt sind wir in Meissen, Deuben, Nürnberg, Berlin und Erfurt. Bezug nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

Land- und Waldarbeiterorganisation.

Dem nächsten Gewerkschaftskongress soll nach dem Beschlusse der Gewerkschaftsvorstände empfohlen werden, eine selbständige Organisation der Land- und Waldarbeiter zu gründen.

Dieser Beschluß kommt für einen Teil der Verbandskollegen sehr überraschend und insbesondere deshalb, weil der Verbandstag in Leipzig eine dahingehende Resolution abgelehnt hat. Die Abstimmung brachte zum Ausdruck, daß die Mehrheit der Verbandsvertreter eine Selbständigmachung der Land- und Waldarbeiter nicht wollte, denn die Resolution Mehrheit wurde gegen 23 Stimmen abgelehnt.

Nicht so zweifelsfrei ist, ob die Resolution Hiez als angenommen gelten kann. Nach der Präsenzliste waren 104 Delegierte anwesend, 45 Delegierte stimmten für diese Resolution, die Gegenprobe wurde nicht gestellt. Für die Resolution des Unterzeichneten stimmten 43 Delegierte, und daraus wurde geschlossen, daß die Resolution Hiez angenommen sei. Meines Erachtens erhielten beide Resolutionen die Mehrheit nicht.

Wenn nach § 16 der parlamentarischen Ordnung für die Versammlungen des Verbandes ein Antrag bei Stimmengleichheit als abgelehnt gilt, so muß bei einem so weitgehenden Beschlusse die Mehrheit der Stimmen unzweifelhaft festgestellt sein. Eine Mehrheit der Verbandsvertreter ist für die Resolution Hiez nicht festgestellt. Diese Feststellung erscheint mir erforderlich, um den Beschluß der Zentralvorstände und auch das Verhalten des Verbandsvorstandes zu verstehen. Tatsache ist, daß der Vorstand des Verbandes in der Sache keine besonderen Maßnahmen getroffen hat. In einer gemeinschaftlichen Sitzung mit dem Ausschuss, an welcher ich nicht teilnehmen konnte, soll nach mir gewordenem Bericht der Vorstand die Gründe dargelegt haben, welche ihn von weiteren Anordnungen absehen ließen. Diese Gründe wird der Vorstand nunmehr dem Verbandstage vorlegen und dieser mag seine Entscheidung treffen. Unzweifelhaft scheint mir der Wille des Verbandstages darin zum Ausdruck gekommen zu sein, daß bis zum nächsten Verbandstage seitens des Vorstandes Material zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen sei, denn sowohl die Kollegin Hiez als auch ich wünschten Erhebungen über die wirtschaftlichen Verhältnisse, wünschten intensivere Agitation unter den Landarbeitern u. a. m. Inwieweit das geschehen konnte, und mit welchem Erfolge es geschah, werden wir ja bald erfahren.

Die Stellung des Verbandsvorstandes bei den Verhandlungen in Leipzig konnte keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß der Vorstand die Gründung einer selbständigen Organisation der Land- und Waldarbeiter nicht verhindern will. Das Schweigen der Vorstandsvorstände war in diesem Falle eine deutliche Sprache. Es ist mir bis heute nicht bekannt, ob der Beschluß der Vorstände mit oder gegen den Willen unserer Kollegen zustande kam; das ist mir nach Lage der Sache aber auch nebensächlich. Ohne Zweifel wird der Gewerkschaftskongress dem Beschlusse seine Zustimmung geben. Unsere Kollegen, welche das verhindern wollten, würden mit der darauf gerichteten Tätigkeit keinen Erfolg haben.

Die Kollegin Hiez wendete sich bereits gegen den Beschluß in ganz entschiedener Weise und sie hofft auf Unterstützung aus den Reihen der Verbandsmitglieder.

Es kann nach meinem Dafürhalten keine Rede davon sein, daß durch Gründung einer eigenen Landarbeiterorganisation die Früchte einer langen Agitations- und Organisationsarbeit uns auch hier wieder genommen würden (Protokoll von Leipzig, Rede der Kollegin Hiez, Seite 178), noch daran, daß wir um die Früchte unserer Tätigkeit „geprellt“ werden. Es ist doch nicht etwa der Gegner unserer Bewegung, dem die Früchte unserer Arbeit nun zugute kommen sollen; es ist doch nicht unser Feind, der den Erfolg unserer Tätigkeit für sich ausnützen will oder kann. Ist denn das Ziel der Agitations- und Organisationsarbeit unserer Kollegen nur darauf gerichtet, eine große Zahl Mitglieder für die eigene Organisation zu haben, oder ist nicht auch unsere Arbeit von dem Gedanken aus zu leisten, daß unsere Bewegung im ganzen geführt wird, wenn unsere Ziele von einer immer größeren Anzahl von Mitgliedern der Arbeiterklasse aner-

kannt werden? Es ist also zu ergründen, welche Maßnahmen für die in Frage kommenden Arbeiter zur Verbesserung ihrer Lebenslage am zweckdienlichsten sind und der Bewegung im allgemeinen mit mehr Erfolg dienen. Daher kann die Frage nicht lauten: Wie viele Mitglieder können wir durch Verbeibehaltung der Landarbeiter gewinnen oder durch deren Selbständigmachung verlieren, sondern die Frage muß lauten: Was ist für die Landarbeiter zur Verbesserung ihrer Lebenslage am zweckmäßigsten und für die Gesamtbewegung dienlicher? Und da wird nach meiner Auffassung die Antwort mit dem Beschluß der Vorstände in Einklang stehen. Unsere Maßnahmen, die wir innerhalb des Verbandes zur Gewinnung und Wahrnehmung der Interessen der Landarbeiter treffen können, werden niemals so nutzbringend getroffen werden können, als dies eine selbständige Organisation tun kann. Eine Reihe anderer, hier nicht näher darzulegender Umstände sprechen ebenfalls für den Beschluß. Und wenn ich auf dem Verbandstage gegen die sofortige Beschlussfassung nach der einen oder andern Seite war, so lag mir daran, freie Hand zu behalten und dem Vorstand Gelegenheit zu geben, im Verein mit der Generalkommission die Frage nach allen Seiten zu prüfen, und insbesondere darüber Klarheit zu schaffen, inwieweit die Abgrenzung des Agitationsgebietes getroffen werden kann. Würde schlankweg verlangt werden, daß alle Arbeiter der Land- und Forstwirtschaft, einschließlich etwa der in diesen Nebenbetrieben beschäftigten Personen, dem neuen Verbandsangehörigen haben, dann würde das einen durch nichts gerechtfertigten Einschnitt in unseren Verband bedeuten. Wenn wir nun die Gründung der neuen Organisation nicht verhindern können und in der Mehrheit nicht verhindern wollen, so dürfen wir aber ganz bestimmt verlangen, daß das Agitationsgebiet deutlich abgegrenzt wird, um die sogenannten Grenzgebietigkeiten von vornherein unmöglich zu machen. Inwieweit hierauf bezügliche Vereinbarungen etwa schon getroffen sind, dürfte nunmehr der Vorstand zur Kenntnis der Verbandsmitglieder bringen.

Offenbach, 28. Januar 1908.

Jacob Streb.

Aus dem Reichstage.

Am 23. Januar wurde in dritter Lesung das Gesetz, welches die Majestäts vor Beleidigungen schützen soll, verabschiedet. Die sozialdemokratische Fraktion, welche die Aufhebung der bestehenden Bestimmungen über Majestätsbeleidigungen beantragt hatte, stimmt gegen das Gesetz.

Der 24. Januar brachte eine Zusatzakte zu der am 5. März 1902 in Brüssel vereinbarten Konvention über die Behandlung des Zuckers. Diese Konvention oder Vertrag haben anerkannt Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Luxemburg, Peru, Niederlande, Schweden und Schweiz. Am 19. Dezember hat auch Rußland seinen Beitritt zum Zuckervertrag erklärt. Außerdem hat Deutschland mit Rußland ein Abkommen über den Zuckerverkehr beider Länder getroffen. Die drei Protokolle lagen nun dem Reichstage zur Entscheidung vor.

Durch die Brüsseler Konvention wurde vereinbart, daß die für die Erzeugung oder die Ausfuhr von Zucker gewährten direkten oder indirekten Prämien aufgehoben und von den beteiligten Ländern während der Dauer des Vertrags solche Prämien auch nicht eingeführt werden dürfen. Dem Zucker gleichgestellt sind zuckerhaltige Erzeugnisse, wie Zuckerverfälschung, Schokolade, Kaffee, eingedickte Milch und alle anderen Erzeugnisse, welche in erheblichem Maße künstlich zugesetzten Zucker enthalten. Die dem Vertrage beigetretenen Länder sind nach Artikel 4 verpflichtet, Zucker, der aus Ländern stammt, welche für die Erzeugung oder die Ausfuhr Prämien bewilligen, bei der Einfuhr mit einem besonderen Zoll zu belegen. Dieser Zoll soll in seiner Höhe nicht hinter der im Ursprungslande gewährten direkten oder indirekten Prämie zurückbleiben. Der Vertrag hat Geltung bis zum 1. September dieses Jahres. Die englische Regierung ist nun zu dem bestimmten Entschlusse gelangt, daß die infolge des Einfuhrverbotes oder der Anwendung der Ausgleichszölle bestehende Beschränkung der Zuckereinfuhr unvereinbar ist mit den Interessen des britischen Verbrauchs und der Industriellen. England ist freihändlerisch, hat selbst nennenswerte Zuckerproduktion nicht. Die Prämien für Zuckerausfuhr bewirken, daß es beispielsweise den deutschen Zucker billiger auf seinem Markt bekommt, wie er auf dem deutschen zu haben war. Die Zusatzakte will nun England von der Verpflichtung, Prämienzucker mit Eingangszoll zu belegen, erlösenden.

Rußland will dem Zuckervertrag beitreten. Mit ihm stehen die übrigen Vertragsländer in der Vereinbarung vor, daß es keine gegenwärtige Zuckerverfälschung und Steuererhebung beibehält, aber die sich daraus für die Fabrikanten ergebenden Vorteile nicht erhöht. Dagegen verpflichtet sich Rußland, die Ausfuhr von Zucker unter Steuererstattung oder Steuer-

befreiung für 6 Jahre vom 1. September 1907 an nicht über eine Höchstmenge von einer Million Tonnen hinaus zuzulassen. Diese Ausfuhrmenge wird so verteilt, daß für die Jahre 1907/08 300 000, für die weiteren 4 Jahre je 200 000 Tonnen zugelassen werden.

Die deutschen Zuckerraffinerien und Rübenbauern beklagten nun, daß diese 200 000 Tonnen Zucker pro Jahr hauptsächlich den englischen Zuckermärkten drücken werden, zu Lasten der deutschen Zuckererzeugung. Nach der deutschen Statistik gingen im Jahre 1906 8 Millionen Doppelzentner deutschen Zuckers im Werte von 153 Millionen Mark nach England. Das ist drei Viertel unserer gesamten Zuckerausfuhr. Die Herren Agrarier ergriffen flugs mit einem Gesetzentwurf auf dem Plane, der die Zuckersteuer von 14 Mark auf 10 Mark pro Kilogramm Reingewicht herabsetzt. Die Herabsetzung der Steuer wird dieses Mal in Gesetzesform verlangt, weil die Regierung gleiche Beschlüsse des Reichstages dreimal unausgeführt gelassen hat. Interessant ist die Begründung des Gesetzentwurfs. Sie gipfelt in der durchaus zutreffenden Behauptung, daß die Steuer den Preis erhöhe, dadurch den Verbrauch verringere. Die Herabsetzung der Steuer werde Verbilligung und Erhöhung des Zuckerverbrauchs bewirken. Was hier von der Zuckersteuer behauptet, gilt auch vom Getreidezoll, auch von den Vieh- und Fleischzöllen, kurz von allen agrarischen Zöllen. Aber die Herren Agrarier werden bei letzteren die angeführten Argumente nicht gelten lassen. Die ganze Angelegenheit wurde einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen. Im Interesse unserer in der Zuckerindustrie beschäftigten Kollegen liegt es natürlich, daß die Konvention zustande kommt, und im Interesse der gesamten Verbraucher liegt eine Verbilligung des Zuckers. Die sozialdemokratische Fraktion wird daher sowohl für die Zusatzakte, als auch für die Herabsetzung der Steuer stimmen.

Dann ging der Reichstag auf 4 Tage in die Ferien. Besonders redelustig waren die Mitglieder des hohen Hauses nicht, als am Mittwoch die Verhandlungen mit der Beratung eines Entwurfs zur Aenderung des § 2 des Flottengesetzes wieder aufgenommen wurden. Solche Beratungen pflegten sonst auch bürgerliche Politiker zu oppositionellen Reden aufzuschwelen, aber die Herren Liberalen sind seit den Januarwahlen äußerst marinefeind geworden. Sie haben sich „überzeugen“ lassen, daß die Herabsetzung der Altersgrenze der Schiffe auf 20 Jahre, eine technische Notwendigkeit ist. Der Genosse Bebel zeigte in einer mackigen Rede, wohin die Flottenpolitik führt. Die Regierung aber hat ihre Forderungen bewilligt erhalten. Beim Titel I des Marineetats legten die Genossen Begien und Bevering dar, wie die Arbeitsverhältnisse auf deutschen Werften beschaffen sind. Es wurde da angeführt, daß die Lohn- und Maschinenarbeiter Überstunden ohne besondere Entlohnung machen müssen. Dem Arbeiterausschuss ist eine seinen Aufgaben entsprechende Wirksamkeit nicht eingeräumt. Bei Festsetzung der Arbeitslöhne wird willkürlich verfahren, und die Löhne entsprechen keineswegs den durch die allgemeine Teuerung gesteigerten Unterhaltungskosten. Unsere beiden Redner brachten den Nachweis, daß die staatlichen Werften alles andre, nur keine Mutteranstalten sind. Sie werden es auch so lange nicht werden, als die Arbeiterorganisationen Anerkennung nicht erfahren haben und von den Werkleitungen verpöndelt sind!

Die Organisationen sind der Regierung aber ein Pfahl im Fleische. Während sie bei allen andern Fragen, welche Industrie, Handel oder die Landwirtschaft betreffen, die in Betracht kommenden Interessentverbände der Unternehmer hört, deren Wünsche als Befehle erachtet, werden die Arbeiterorganisationen achtlos beiseite gelassen. Dabei wird sie von den Blochhelden bis tief in den Freisinn hinein unterdrückt. Das hat die Debatte am letzten Freitag kläglich erwiesen. Die Kommission hatte eine Resolution angenommen, welche verlangt, daß Arbeiten von der Marinewerwaltung nur an solche Firmen vergeben werden sollten, die Tarifverträge mit den Arbeitern einhalten und bei Festsetzung der Arbeitsbedingungen auch die Arbeiterausschüsse hören. Unsere Fraktion verlangte die Ausdehnung der Vertretung der Arbeiter auf Arbeiterorganisationen. Und gegen diese Ausdehnung liefen die Herren Mugdan und Fachnide Sturm. Der Antrag soll agitatorischen Charakter haben. Die namentliche Abstimmung über das Amendement zur Resolution ergab die Ablehnung mit 166 gegen 114 Stimmen. Mit den Nationalliberalen und Konservativen stimmten auch die Herren Freisinnigen gegen die Anerkennung der Organisation. Die Resolution selbst kam dann mit 213 gegen 67 Stimmen zur Annahme. -y-

Kongress der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften.

Der Kongress der „Polakisten“ tagte vom 22.-26. Januar in Berlin. Als wichtigsten Punkt beschloß die Kongress der Beschäftigten

Uebersichts-Tabelle über die Arbeitslosigkeit im 4. Quartal 1907.

Table with columns for 'Ort', 'Zahlstellen', 'Mitgliederzahl am Schlusse des Quartals', 'Zu- oder Abnahme gegen das 3. Quartal 1907', 'Arbeitslose Mitglieder (unterstützte und nicht-unterstützte)', and 'Von den Arbeitslosen bezogenen Verbandsunterstützung (insgesamt im Quartal)'. Sub-columns include 'männl.', 'weibl.', 'zus.', 'am Orte', and 'auf der Reise'.

von 14 Bewerbern mit 179 Stimmen gegen Kollegen Bruder-Stettin, der 12 Stimmen erhielt, gewählt. Bei der Neuwahl der Ortsverwaltung gab es keine Veränderungen, mit Ausnahme des Schriftführers, der eine Wiederwahl ablehnte.

Oblau. Die Unternehmer ihr Versprechen einlösen. In der Disphonfabrik von Schube u. Brunquell sind circa 30 Arbeiter ausgeperrt. Veranlassung soll, wie Herr Rejewitz, der allgewaltige Betriebsleiter meint, die Hezerei im Betriebe gegeben haben.

Vorlage von Lohnbüchern, sowie der von den Klägern unterschriebenen Kontrakte und Quittungen. aus, daß die Kläger nicht mehr zu fordern, sondern bereits zu viel erhalten hätten, desgleichen befähigen sie laut kontraktlicher Vereinbarung keinen Anspruch auf Reiseentschädigung.

Weimar 2 Mk. und in Weisensfeld auch 2 Mk. erhielt. Ferner machen wir auf § 9 Abs. 7 aufmerksam, wonach nicht mehr als eine Mark pro Tag an Reiseunterstützung bezahlt werden darf.

Zustimmung zur Erhebung von Extrabeiträgen: Bromberg. Vom 1. April 5 Pf. pro Mitglied und Woche.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher. Nr. 285 041. Wilh. Rosin, eingetreten am 25. Sept. 1907 in Magdeburg. Nr. 94 317. Jakob Schorr, eingetreten am 5. Oktober 1907 in Kaiserlautern.

Eingegangene Zahlstellen. Jontz angeschlossen an Dessau. Neue Adressen und Adressen-Veränderungen. Saanen. Herm. Witte, Fleischergasse 18. Gamsel. Wilh. Klein, Wendenstr. 9.

Verbandsnachrichten.

Vom 28. Januar ab gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein: Oberberg i. M. 309,14. Rühlendeb. b. S. 225,47. Abbau i. S. 105,90. Oberndorf 63,40. Tirschenreuth 55,90. Kahl a. M. 45,60. Sauerbach i. S. 42,50. Stuttgart 37,36. Wödnitz 20,70. Duisburg 15,12. Hochdorf 108,58. Eursdorf i. Th. 11,--. Halle a. S. 638,27. Jena 300,--. Althaldensleben 275,24. Altrix 136,68. Salmstedt 99,14. Burg b. M. 100,--. Rosbach 67,46. Lauban 39,20. Jontz 20,48. Munitzstadt 239,80. Gronau 203,13. Fehrenberg 72,50. Girsberg i. M. 51,64. Schwarzenberg i. S. 48,79. Rartredwitz 9,60. München 1000. Reinfelden 405,70. Düsseldorf 200,11. Herzfelde 174,74. Stadoldendorf 29,47. Ueder- münde 33,20. Danzig 26,16. Veer 90,--. Bärstadt 247,48. Reuthardt 230,65. Bierenheim 145,92. Sulgau b. Sch. 54,88. Effen a. Ruhr 239,32. Fürstenberg i. M. 133,88. Beuthen 390,--. Leipzig 800,--. Jastram 17,28.

Schluss: Montag, 3. Februar, mittags 12 Uhr. Fr. Bruns, Kassierer. Die Abrechnung für das 4. Quartal 1907 haben eingefandt: Stuttgart, Lauban, Gronau, Jontz, Schwiebus, Frey, Rosbach, Althaldensleben, Wödnitz, Neumarkt, Göppingen, Danzig, Elbing, Ballhad, Harzburg, Burg b. Ragdeb., Gulum, Lauterbach, Tirschenreuth, Oberberg, Rühlendeb., Duisburg, Hochdorf, Ebbau i. S., Reuthardt a. b. Harz, Herzfelde, Granitz, Reimen, Marktredwitz, Straubing, Flaumischer Grund, Kahl a. Rain, Sägau, Erlau, Stadoldendorf, Ueder- münde, Greppin, Düsseldorf, Lüneburg, Bärstadt, Sulgau, Sebnitz, Fürstenberg, Schildejch, Jastram.

Achtung, Anzahl der Erwerbslosen und Reiseunterstützung! Wir müssen hierdurch darauf aufmerksam machen, daß die Mitglieder nach § 9 Abs. 11 des Statuts nur einmal innerhalb 52 Wochen, vom Tage der ersten Auszahlung an gerechnet, den vollen Betrag erhalten können.

Rundschau.

Ein charakteristisches Bild aus dem Leben der Ziegelei- und Ziegelarbeiter. In der Ziegelei vor dem Hammerberg, Hannover. Die Kläger waren die oberste Ziegelei, welche vom Landesherrn Reichsgraf v. Scharnhorst bezogen, deren Lohn und Entlohnung von Ziegeleien fordern. Der Beklagte führte unter

Karlsruhe. Auszahlung der Erwerbslosen- und Reiseunterstützung erfolgt bei Kollegen Oswald Hils in Mühlburg, Kuckstraße 1, III.

Ösnabrück. Die Anmeldung der Erwerbslosen und Auszahlung der Unterstüßungen erfolgt Commen- derieft. 5/3/54, Ecke Johannismauer, im Laden, zwischen 4 und 5 1/2 Uhr nachmittags.

Wernigerode. Den durchreisenden Kollegen zur Nachricht, daß sich unter Verkehrslos in der „Herberge zur Eintracht“ Schme- derstraße, befindet.

Briefkasten. Worms. Nachdem ein Teil der Mißstände beseitigt ist, es übrigt sich wohl die Aufnahme der, ohnehin zu allgemein gehaltenen, Kritik.

Inserate.

Zahlstelle Berlin. Bureau: Einienstraße 215. - Geöffnet von 3-1 und 4-8 Uhr. Telefon: Amt 3, 938.

Generalversammlung im Sotale „Musikersäle“, Kaiser-Wilhelm-Straße 13 m.

- 1. Vorstandsbericht: a) des Vorsitzenden, b) des Kassierers, c) Bericht der einzelnen Kommissionen. 2. Wahl eines Solalbeamten. 3. Neuwahl der Verwaltung und Kommissionen. 4. Anträge. NB. Bei der Wichtigkeit der vorstehenden Tagesordnung wird bestimmt erwartet, daß möglichst niemand von den Mitgliedern fehlt. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Buch legitimiert 2,70 A

Zahlstelle Holzminden. Die Mitglieder-Versammlungen finden jeden ersten und dritten Sonntag im Monat statt.

Zahlstelle Ludwigshafen a. Rh. Als Agitationsleiter wurde Kollege Haupt, Bielefeld, gewählt. Den Mitbewerbern besten Dank für ihre Bewähungen.

Achtung, Zahlstelle Wunfriedel. Sonnabend, den 8. Februar, abends 8 Uhr: Diesjähriger Stiftungs-Ball im Saal „Zur Sonne“.

Das Erscheinen sämtlicher Kollegen und Kolleginnen ist erwünscht. Die Bevollmächtigten, 1,20 A

größerer Teil des Bankkapitals als industrielles Kapital in den Kartellen angelegt. Dies erzeugt die Herrschaft des Bankkapitals, das zugleich industrielles Kapital ist, und die Abhängigkeit des übrigen industriellen, kommerziellen und Kapitalverleihers von den Banken, unter der Kontrolle der Banken.

Aus Arbeitgeberverbänden.

In Berlin tagte am 13. Januar eine Vorstandssitzung des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände. Nach dem Bericht des Generalsekretärs Dr. Grabenstedt nahm die Organisation folgende Entwicklung:

Ende 1906: 25 Mitgliedsverbände mit etwa 200 Unter-verbänden, die zusammen ca. 1 Million Arbeiter beschäftigen;

Ende 1907: 44 Mitgliedsverbände mit über 300 Unter-verbänden, die etwa 1.300.000 Arbeiter beschäftigen.

Von Industrien, welche sich im Berichtsjahre neu angeschlossen haben, sind hauptsächlich zu erwähnen die chemische, Zigarren-, Flor- und Hohlglas-Industrie und ferner Verbände des Baugewerbes, sowie eine größere Zahl von gemischten Arbeitgeberverbänden in allen Teilen Deutschlands.

Der Verband der sächsischen Industriellen hielt seine ordentliche Generalversammlung am 6. Januar in Dresden ab. Nach dem Bericht des Syndikus Stresemann umfaßt der Verband zurzeit 4000 Betriebe mit rund 400 000 Arbeitern.

Nach dem Bericht des Syndikus Stresemann umfaßt der Verband zurzeit 4000 Betriebe mit rund 400 000 Arbeitern. Die „Kundung“ der Zahlen läßt vermuten, daß die Angaben nur auf Schätzungen beruhen, immensin umfaßte die Unternehmerorganisation einen recht erheblichen Bruchteil der Industriearbeiter Sachsens, die auf 700 000 geschätzt werden.

Aufgelöstes Verkaufssyndikat. Die Generalversammlung des Bremer Ziegelverkaufssyndikats beschloß die Auflösung des Vereins. Als Grund wurde angegeben, daß ein Drittel der Ziegelfabriken außerhalb der Vereinigung ständen und damit jede durchgreifende Produktions- und Preisfestsetzung leitens des Verkaufsvereins unmöglich wäre.

Ausgetreten aus dem Verband der Kachelofenfabrikanten ist die Fabrik Sagonia-Reichen. Grund des Austritts ist die vom Verband gegründete Preiskonvention, die angeblich die Konkurrenzfähigkeit der Fabrik beschränkte, weil sie für höhere Verkaufspreise diktierte wie andere Fabriken, die gleichartige Produkte erzeugen.

- Zusatz 8: Antrag, daß die Mitglieder eine Streit-Kanzlei in alle Orten und Bezirke aufzunehmen, wonach bei Klagen und Auswertungen die Dienstgebühren um die Hälfte vermindert werden.
Zusatz 9: Antrag, daß alle Verbandsfabriken für ihre Arbeiter die gleiche Abzugsangabe erstatten.
Zusatz 10: Befehlserteilung über Anträge, welche sich auf die Lieferung von Waren bei Streiks beziehen.
Zusatz 11: Befehlserteilung über die Höhe der seitens des Verbandes bei Auswertungen an nichtorganisierte Arbeiter zu zahlenden Entschädigung!

Das nächste Jahr werden wir sächsischen Verbandsvereinsmitgliedern noch besprechen. Die sächsischen Gewerkschaften sind zwar nicht organisiert, und die von uns angeführten Tatsachen sind unzweifelhaft zu belegen, jedoch künftige Ereignisse sind nicht vorherzusagen.

zu liegen. Das wird für uns eine Warnung sein, den Ausbau der Organisation mit aller Energie zu betreiben, damit wir jederzeit gerüstet sind.

Aus Ostpreußens Gefilden.

Die wirtschaftliche Lage der deutschen Arbeiterschaft ist gewiß nicht weniger denn glänzend, die Lage der ostpreussischen Arbeiterschaft ist mangelhaft. Der Mangel gewerkschaftlicher Organisationen macht sich hier auf Schritt und Tritt bemerkbar.

Die jämmerlichen Löhne, die zu Zeiten Notten Geschäftsanges 18-28 Pfennig pro Stunde für männliche und 10-15 Pf für weibliche Arbeiter betragen, werden jetzt bei der hereinbrechenden Krise noch willkürlich herabgesetzt, weil den Arbeitern jede Organisation und damit jede Widerstandsfähigkeit fehlt.

So liegt die Ostpreussische Wollwäckerlei vor einigen Wochen einen Mevers unterschrieben, wonach die Arbeiter sich verpflichten, jederzeit, sowie auch Sonntags, der Firma zur Verfügung zu stehen. Es werden auch seit einiger Zeit täglich Überstunden bis 9 und 10 Uhr abends gemacht und auch vielfach Sonntagsvormittag gearbeitet.

Den Arbeitern brachte das verfloßene Jahr nur eine enorme Erhöhung der Lebensmittel- und Wohnungspreise, sonst nichts. Ran geht nur in die Wohnungen und sehe den Jammer. 18 bis 20 Mark Miete pro Monat für eine Küche, eine kleine Stube und ein Schlafkabinett, das bestenfalls so groß ist, daß zwei Beistellen darin stehen können.

Der Arbeiter brachte das verfloßene Jahr nur eine enorme Erhöhung der Lebensmittel- und Wohnungspreise, sonst nichts. Ran geht nur in die Wohnungen und sehe den Jammer. 18 bis 20 Mark Miete pro Monat für eine Küche, eine kleine Stube und ein Schlafkabinett, das bestenfalls so groß ist, daß zwei Beistellen darin stehen können.

Mit welcher Rücksichtslosigkeit die Arbeiter zur Anpassung aller Kräfte getrieben werden, zeigt am besten nachfolgender Erlaß:

Bekanntmachung für die Arbeiter in der Kocherei (Fabr. I). Nachdem die Produktion bzw. Kochergebnisse in den letzten Monaten bedeutend zurückgegangen sind, sehen wir uns veranlaßt, folgendes bekannt zu geben.

Wir verlangen für jeden kleinen Kocher mindestens eine durchschnittliche Ausbeute von 11 000 kg und für jeden großen Kocher mindestens 15 500 kg lufttrocknen gedachte Zellulose, so daß wir z. B. in einem Monat bei einer Kocherzahl von 76 L Kochern à 11 000 kg = 836 000 kg und 38 gr. à 15 500 kg = 588 000 kg eine Produktion von ca. 1.425 000 kg

Wir dieses Mindestquantum nicht erreicht, so werden bei der Prämienabgabe für jede fehlende 100 kg 3 Mark von der gesamten Prämiensumme in Abzug gebracht. Jedes fehlende angefangene Lanthorn wird für ganz fehlend gerechnet.

Gleichzeitig geben wir bekannt, daß wir bereits keine Kocher mit über 11 000 kg und große mit über 16 000 kg Ausbeute gehabt haben. Diese Bekanntmachung tritt mit dem 1. Dezember 1907 in Kraft.

Wollwäckerlei Zellit, Aktiengesellschaft. Als die Hungerperiode wird geschwungen, wenn die Lohnkassen nicht ihr letztes Quantum kraft dem Unternehmen opfern. Alfordarbeit, ohne Alfordlohn, das ist das Rezept, nach dem hier gearbeitet wird.

Man hat gemeint sich durch die „nationale Liebe“ der Unternehmer für die Arbeiter aus. So wollen die Unternehmer, um dem Arbeitermangel abzuhehlen, wie die Germl. Stg. schreibt, Arbeiterwohnstätten für ausländische Arbeiter bauen.

Man hat gemeint sich durch die „nationale Liebe“ der Unternehmer für die Arbeiter aus. So wollen die Unternehmer, um dem Arbeitermangel abzuhehlen, wie die Germl. Stg. schreibt, Arbeiterwohnstätten für ausländische Arbeiter bauen.

In Mafsenburg, wo die Kollegen seit ca. 2 Jahren daran waren, ihre Löhne einzumachen der Verteuerung der Lebensmittel usw. anzupassen und Löhne von 30-35 Pf. pro Stunde in den Schmelzereien durchzusetzen, hat das Unternehmensrat die Löhne bis auf 20 Pf. pro Stunde, je auf 1,50 Mark pro Tag herabgesetzt. Die Arbeiter tragen aber selbst die Schuld daran.

sagte hätte befehlen, daß hier noch ein großes Feld für die gewerkschaftliche Tätigkeit vorhanden ist. Zwar haben wir eine Schaar operativer Kollegen hier, eine gewerkschaftliche Kerntruppe, aber die große Mehrzahl der Arbeiter steht und noch indifferent gegenüber. Sie zu gewinnen, muß unsere Arbeit Ziel sein.

Aus der Zement- und Ziegelindustrie.

Preisstreiberi der Zementindustrie.

Die Unternehmer der Zementindustrie versehen es befallentlich meistert, ihre Interessen zu wahren. Einmal halten sie die Produktionskosten niedrig durch mangelhafte Entlohnung ihrer Arbeiter und Heranziehung ausländischer Lohnarbeiter.

Zu nächst auf die enorme Verteuerung des Zements durch die Synthale brachte nun kürzlich im bayerischen Landtag der Abgeheim folgenden Antrag ein:

Die Staatsregierung möge gegenüber den rücksichtslos Preisstreiberien in Portlandzement dem gegenwärtig veranlassenen Vortrage die Vorarbeiten zur Errichtung eines staatlichen Portlandzementwerkes unterbreiten und an die Errichtung eines solchen Werkes möglichst bald herantreten.

Abg. Helm wies bei Begründung seines Antrags darauf hin, daß der Preis des Zements, der im Jahre 1903 160 Mark a 1 pro Wagon betragen habe, 1904 auf 200, 1905 auf 260, 1906 auf 280 und im Jahre 1907 auf nahezu 400 Mark gestiegen sei. Diese ungeheuerliche Preissteigerung füge dem Staat als Verbraucher großer Quantitäten Zement enormen Schaden zu.

Die Unternehmung hat sofort die sächsischen Zementwerke auf den Plan gerufen. Sie haben an das Ministerium einen Eingangs gerichtet, in der sie gegen das Projekt Stimmung machen. Die Verteuerung durch die Synthale ist angeblich nicht ganz so arg, die Rentabilität der Betriebe nicht glänzend, die Stilllegung von Betrieben leitens des Syndikats notwendig und die Gründung eines staatlichen Zementwerkes selbstverständlich überflüssig und schädlich.

Wir nehmen vor diesem Interessententzug Notiz, um unsern Kollegen in den Zementfabriken zu zeigen, wie rücksichtslos und entschieden die Unternehmer ihre Interessen verteidigen, und wir hoffen, daß die Arbeiter es ihnen nachzumachen werden.

Die Zementindustrie hat sich der Organisation angeschlossen und konnte die Konkurrenz ausbilden. Das muß in Zukunft anders werden! Die Zementarbeiter müssen einsehen, daß eine festgeschlossene gewerkschaftliche Organisation für sie unbedingt notwendig ist, wenn sie sich nicht „unterbreiten“ lassen wollen.

Dividendenberechnungen für die Zementindustrie.

Daß die Zement-Aktienbesitzer auch für das verfloßene Jahr auf enorme Gewinne rechnen können, beweisen die Dividendenberechnungen. Wenn auch hier und da kleine Abweichungen vorkommen mögen, so haben die Dividendenbesitzer doch im allgemeinen ein sehr gutes Kasse für den Geschäftsgang der Werke, um sich wesentlich zu irren. Das Unternehmerorgan veröffentlicht folgende Schätzungen:

Table with 3 columns: Name of factory, Dividend % 1906, Dividend % 1907. Includes entries like Adler, Deutsche Portlandzementfabrik, and others.

Zudem würde die Dividende bei zwei Betrieben fallen, bei sechs gleichbleiben und bei fünf steigen. Das ist in Anbetracht der Tatsache, daß schon das Jahr 1906 den Zementherren enorm gesteigerte Gewinne lieferte, ein glänzendes Resultat.

Zweitens. Als wenig rücksichtsvoller Beamter scheint der neue Betriebsleiter der Dampfkelei von Feodor Helm in Zwickau-Wölflitz auftreten zu wollen. Als geschworener Feind der gewerkschaftlichen Organisation hat er sich in der Entlassung und Schikhanierung organisierter Arbeiter besonders hervorgetan.

Man geht daher gewiß nicht fehl, wenn dieser angebliche Arbeitermangel ebenfalls mit der Lohnbewegung in Verbindung gebracht wird. Eine angelegentliche Lohnreduzierung von 40 resp. 35 Pfennig auf 30 Pf. pro Stunde trat bisher nicht ein. Ebenfalls unzulässig dieselbe nicht aus Rücksicht gegen die Arbeiterlichkeit, sondern aus Furcht vor den daraus entstehenden Folgen. Der Zutritt zur Ziegellei ist - wie nicht anders zu erwarten - jetzt Unbefugten streng untersagt.